

**Winsener Anzeiger 21.01.2010**

wa Wörme. Drei Monate lang hat sich die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide (IGN) kritisch mit dem neuen Förderantrag der Hamburger Wasserwerke (HWW) auseinandergesetzt, jetzt liegt die schriftliche Stellungnahme des Vereins vor. Gestern morgen gab der Erste Vorsitzende Karl-Hermann Ott das 18-seitige Papier persönlich im Keishaus ab, am Nachmittag stellte er zusammen mit seinen Vorstandskollegen Gerhard Schierhorn, Klaus-Detlef Kröger und Gerd Thormählen die Ergebnisse auf dem Hof Kröger in Wörme vor. „Der Bewilligungsantrag ist schlampig und oberflächlich formuliert“, fasste Ott den Gesamteindruck zusammen. Sein Vorstandskollege Gerd Schierhorn wurde noch deutlicher: „Die Unterlagen sind so mangelhaft, dass es keinen Sinn macht, das Verfahren weiterzuführen!“ Die HWW seien gefordert nachzuarbeiten. Einen Erörterungstermin brauche der Landkreis vorher gar nicht anzuberaumen. Zentral ist für Schierhorn aber eine andere Erkenntnis: „Die Hamburger haben nicht nachweisen können, dass sie das Wasser aus der Nordheide brauchen!“

Laut IGN wären die Hamburger Wasserwerke nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz verpflichtet, alternative Wassergewinnungsmöglichkeiten – zum Beispiel die Nutzung von Elbwasser, aber auch die Förderung auf Hamburger Gebiet – zu überprüfen. Das sei nicht geschehen. Dass die HWW trotz seit Jahren rückläufigen Wasserbedarfs mehr Wasser aus der Nordheide fördern möchte, erklärt sich die IGN mit betriebswirtschaftlichen Gründen. „Kostengünstiger als aus der Nordheide kann Hamburg kein Trinkwasser bekommen“, weiß Schierhorn. Die Liste der in den Antragsunterlagen aufgefundenen Defizite ist lang: Es seien keinen umweltverträglichen Alternativen untersucht worden, das Förderkonzept sei nicht ökologisch optimiert. Vier der fünf betroffenen FFH-Gebiete seien gar nicht untersucht worden. Das vom Antragsteller verwendete Grundwassermodell entspreche nicht dem aktuellen Stand der Technik. Außerdem werde der Klimawandel und daraus resultierende wachsende Wasserbedarf der Landwirtschaft in der Region ausgeblendet – bei einer Laufzeit der Genehmigung von 30 Jahren nicht unerheblich.

Im Übrigen ist die IGN überzeugt, dass auch die momentane Förderung in Höhe von 15,7 Millionen Kubikmeter Wasser – die auf einer vorläufigen Erlaubnis beruht, die die inzwischen aufgelöste Bezirksregierung 2004 ausgesprochen hatte – rechtswidrig ist. Entgegen den auch damals schon gültigen Vorschriften sei weder eine Befristung noch eine Prüfung von Alternativen noch eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgenommen worden. Die IGN fordert deshalb einen sofortigen Förderstopp. „Wir erwarten vom Landkreis, dass er bis Mai die Rechtmäßigkeit der Förderung überprüft“, sagt Gerhard Schierhorn. „Sollte der Landkreis nicht tätig werden, dann werden wir klagen!“

HAN 20.01.2010

**"Wir werden nicht zustimmen!"**

**Salzhausen-CDU zu Heidewasser**

*Salzhausen(ewa)*. Der Widerstand gegen die geplante Erhöhung der Heidewasser-Entnahme durch die Hamburger Wasserwerke (HWW) wird immer größer. Jetzt haben die CDU-Fraktion der Samtgemeinde Salzhausen und der Vorstand der Samtgemeinde-CDU in einer Klausurtagung unmissverständlich Position bezogen: "Hamburg verkauft uns für dumm", heißt es in einer Erklärung der Christdemokraten, die gleichzeitig ankündigen: "Wir werden dem Antrag nicht zustimmen!"

Wie Fraktionssprecherin Christiane Oertzen, die auch Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion ist, den HAN mitteilte, fordern die Fraktion und der örtliche Parteivorstand, dass die Fördermenge - wörtlich - "sehr deutlich unter dem beantragten Volumen von 16,6 Millionen Kubikmetern Wasser liegen muss". Außerdem sei der beantragte Bewilligungszeitraum von 30 Jahren in der heutigen Zeit der schnellen klimatischen Veränderungen überhaupt nicht mehr zu verantworten, geben die Salzhausener Kommunalpolitiker zu bedenken und kündigen ihren Widerstand gegen eine Vertragsdauer dieser Länge an.

"Unsere Wald- und Grundbesitzer tun alles, um das gute und gesunde Grundwasser der Heideregion zu erhalten, und Hamburg verdient daran viel Geld, aber wir vor Ort gucken in die Röhre", heißt es in der Stellungnahme von Fraktion und Vorstand der Salzhausener Samtgemeinde-CDU. Für den Antrag der Hamburger Wasserwerke werde es daher keine Unterstützung von ihrer Seite geben. Beide Gremien fordern außerdem, bei den Verhandlungen unbedingt auch den finanziellen Aspekt mit einzubeziehen.